

Europapolitik im Koalitionsvertrag: Mehr als nur das „Bekenntnis“ zum Lissabon-Vertrag !

In den vergangenen Tagen erreichten uns zahlreiche Wortmeldungen zum Koalitionsvertrag, darunter auch einige, in denen Mitglieder unserer Partei die Vereinbarung kritisierten, weil wir uns damit angeblich von Positionen der Bundespartei, speziell vom Europa-Wahlprogramm entfernt hätten. Diese Kritik wird an einem Halbsatz zum Lissabon-Vertrag festgemacht und als Argument für die Ablehnung der gesamten Vereinbarung bzw. für notwendige Nachverhandlungen herangezogen. Dies veranlasst uns, die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zur Europapolitik, die ausgehend von den bekannten Positionen der LINKEN und unserem europapolitischen Zielen hier in Brandenburg entstanden sind, näher zu beleuchten und damit die Einordnung der kritisierten Passage zu erleichtern.

Die Brandenburger LINKE hat das Europawahlprogramm der LINKEN in wesentlichen Teilen mitgeschrieben: Mit unseren Änderungsanträgen zum Essener Parteitag, z.B. zur EU-Strukturpolitik, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zu Gleichstellung aller EU-Bürger und auch zu den Schwerpunkten der Europapolitik in der Präambel haben wir als Landesverband sichtbar die Konturen dieser wichtigsten Grundlage unserer Partei für den Europawahlkampf 2009 und für die Arbeit im Europäischen Parlament mitbestimmt. Zugleich hatten wir aber auch unsere „Europapolitischen Ansätze für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg“ (Beschluss des Landesvorstandes vom März 2009) und auf dem Mai-Parteitag 2009 – ausgehend vom Landtagswahlprogramm - die Forderung nach einer europapolitischen Offensive für das Land Brandenburg im Blick.

All diese Positionen bildeten ab August 2009 die Grundlage für den Landtagswahlkampf und die nachfolgenden Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen.

Wie bewerten wir die Aussagen zur Europapolitik in der Koalitionsvereinbarung?

1. Im Unterschied zu den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU 2004 gab es 5 Jahre später zwischen SPD und der Partei DIE LINKE Verhandlungen zur künftigen Europapolitik des Landes. Das mag der eine oder andere nicht als einen eigenständigen Wert betrachten, wir finden es wichtig, denn 2004 gab es außer der Feststellung, dass Brandenburg in der Mitte Europas liegt, keine substantiellen Aussagen zur Europapolitik. Im Ergebnis der diesjährigen Verhandlungen zum „Korb Europa“ liegt ein eigenständiger und zudem umfangreicher Abschnitt mit der Überschrift „Europa“ vor, der in seinen detaillierten Aussagen anderen Politikfeldern durchaus ebenbürtig ist.

Das, was in diesem Abschnitt, steht, trägt deutlich die Handschrift der LINKEN. Das heißt dennoch nicht, dass wir LINKEN jeden einzelnen Satz oder Halbsatz in unsere Parteidokumente schreiben würden. Die Koalitionsvereinbarung als Ganzes ist ein Kompromiss – dies gilt natürlich auch für den Europateil!

2. Europapolitik soll künftig ein wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik in Brandenburg sein – die „materielle“ Basis für die „Europapolitische Offensive“, die wir immer gefordert haben und die in unserem Wahlprogramm angelegt ist, ist damit gegeben:

► Die **Oderpartnerschaft**, eines der 15 Schlüsselvorhaben der LINKEN, soll nach dem Text des Koalitionsvertrages den zentralen Punkt der Europapolitik der neuen Regierung bilden. Die Koalition strebt - gemeinsam mit unseren Partnern in den Woiwodschaften Lubuskie, Zachodniopomorskie, Wielkopolskie und Dolnośląskie sowie in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen - eine Verständigung über die Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße an und will eine politische Schrittfolge für nächsten 10 – 15 Jahre bestimmen; Schwerpunkte sind Verkehrsinfrastruktur, Tourismus, Integration des Arbeitsmarktes, gemeinsame Bildungspolitik, Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region.

► Die **Euroregionen** „Pro Europa Viadrina“, Spree-Neiße-Bober“ und „Pomerania“ sollen durch die Koalition bei ihrer Profilierung zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung durch das Land unterstützt werden. Wer sich noch daran erinnert, wie die Euroregion Spree-

Neiße-Bober im Frühjahr um ihre Existenz kämpfte, wird die Bedeutung dieser Position im Koalitionsvertrag ermessen können.

► Die Koalition wird sich weiterhin dafür einsetzen, **Jugendaustauschmaßnahmen** im europäischen Kontext, **insbesondere mit der Republik Polen und anderen östlichen Nachbarn**, zu verstärken.

► Generell soll der Blick nach Osten geschärft werden. Die Weiterentwicklung der **Zusammenarbeit vor allem mit Regionen in Polen sowie anderen MOE-Staaten** soll über weitere Partnerschaftsbeauftragte Brandenburgs in diesen Ländern und über andere Wege befördert werden.

► Brandenburg wird sich in Brüssel und Berlin für die bestmöglichen Bedingungen in der **nächsten Förderperiode** und insbesondere für eine Verstärkung der europäischen Unterstützung für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit einsetzen. Hier steht viel konkrete Arbeit vor uns, insbesondere um auch nach Ablauf der EU-Förderperiode ab 2014 die finanziellen Rahmenbedingungen für die Landespolitik positiv gestalten zu können.

► Hinter dem kurzem Satz „Die Koalition strebt den **Ausbau der Mehrsprachigkeit** an, wie es vom Europarat und von der Europäischen Kommission angeregt wurde“ verbirgt eine von uns ausdrücklich gewollte umfangreiche Aufgabenstellung: Brandenburg soll nicht nur dem Erlernen von Fremdsprachen, darunter vor allem der polnischen Sprache, breiteren Raum bieten, sondern auch in Bezug auf die in Brandenburg gesprochenen Minderheitensprachen (Niedersorbisch, Romanes) sowie für die Regionalsprache Niederdeutsch neue Akzente setzen;

► Brandenburg wird – nach dem Wortlaut der Koalitionsvereinbarung – generell seine Erfahrungen und Interessen **frühzeitig in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union einbringen**. Dass DIE LINKE hier die Möglichkeit hat und nutzen wird, auf Grundlage des Koalitionsvertrages und insbesondere der in der Präambel formulierten Grundsätze eigene Akzente zu setzen, davon kann man (frau) ausgehen.

3. Dieses, unserem Wahlprogramm entsprechende und durch konkrete Ansätze untersetzte Verhandlungsergebnis wird durch einen wesentlichen Satz in der Koalitionsvereinbarung ergänzt:

„Die Koalitionspartner werden sich in Abstimmung mit den Gewerkschaften für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den Europäischen Verträgen einsetzen.“

Wer den Lissabon-Vertrag bedingungslos befürwortet, der schreibt so etwas nicht in eine Koalitionsvereinbarung. Wir haben die SPD hierbei an ihre Gemeinsame Erklärung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund vom 4. Mai 2009 im Vorfeld der Europawahlen erinnert – und wir hatten natürlich unser Wahlprogramm und die Gemeinsame Erklärung von DGB und LINKEN vom 2. Juni 2009 im Blick. Wettbewerb und Soziales sollen das künftige Europa bestimmen – das steht in der Koalitionsvereinbarung. Und nicht, wie manche unterstellen, die blanke Bejahung eines Vertrages vom Lissabon. Wir sind da nah bei Gregor Gysi, der am 23. Oktober auf die Frage des ND „Eine feste Position der LINKEN war bisher die strikte Ablehnung des Lissabon-Vertrags. Jetzt wollen Sie ihn akzeptieren. Ist das die Macht des Faktischen oder eine politische Wende?“ antwortete: „Nein, es gibt keine politische Wende. Unsere Kritik am Lissabonner Vertrag bleibt im vollen Umfang erhalten. Allerdings haben wir daran mitgewirkt, dass es eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur neuen Interpretation des Vertrages gibt.“

SPD und DIE LINKE in Brandenburg wollen sich - so steht es in der Koalitionsvereinbarung - ausgehend von der Kritik am Lissabon-Vertrag (die bei beiden Koalitionspartnern durchaus unterschiedlich ausgeprägt ist) **gemeinsam** an der Diskussion darüber beteiligen, wie dieses Europa sozialer gestaltet werden kann. Und dazu gehört dann auch die – ebenfalls im Vertrag verankerte - Vorbereitung Brandenburgs auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011. Auch eine zutiefst soziale Frage!

Das alles bedeutet nicht, dass der Landesverband der Brandenburger LINKEN und seine Landtagsfraktion auf die grundlegende Kritik am Lissabon-Vertrag (der nach der Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichts vom 3. November in einigen Wochen in Kraft treten und damit geltendes Recht der EU sein wird) künftig verzichten werden. **Nein, wir nehmen – zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem DGB - unsere berechnete Kritik am Vertrag zum Ausgangspunkt für konkrete politische Schritte, um so schrittweise**

Veränderungen im Interesse der großen Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu erreichen.